

Was darf die Armee kosten?

Autor(en): **Brunner, Dominique**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schutz und Wehr : Zeitschrift der Gesamtverteidigung = revue pour les problèmes relatifs à la défense intégrale = rivista della difesa integrale**

Band (Jahr): **36 (1970)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-364529>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Neugliederung der Panzerbataillone der mechanisierten Divisionen (künftig fünf Panzerbataillone), die je zwei Panzer- und zwei Panzergrenadierkompanien umfassen, sowie die Eingliederung eines Centurionbataillons in die Felddivisionen mit drei Panzer- und einer Panzergrenadierkompanie erfordern die Neuaufstellung von neun Panzergrenadierkompanien. Vergleichen wir damit die Kampfkraft von neun Kavallerieschwadronen, dann ist das Urteil eindeutig gesprochen. Die Armee darf weniger denn je ein Hort für Hobbies und Paradeeinheiten sein. Sie ist das Instrument des Staates zur Erhaltung seiner Unabhängigkeit und der Freiheit seiner Bürger. Das müssen nun endlich auch die sonst so disziplinierten Kavalleristen begreifen lernen, wie das ihre ausländischen Vorbilder schon vor Jahrzehnten taten.

Andererseits darf man vielleicht auch darauf hinweisen, dass in der nüchternen schweizerischen Armee bisher die Tradition zu wenig gepflegt worden ist. Was bedeuten für den Soldaten die Achselnummer und der Kragenspiegel, und wie nüchtern sieht man im Parlament und oft bei der obersten Armeeführung nur Zahlen, hinter denen anscheinend nichts steckt! Die Psychologie war noch nie eine Stärke der Schweizer, weder in der Armee noch in den parlamentarischen Diskussionen.

Warum nicht «Panzerkavallerie»?

Bei gutem Willen besteht absolut die Möglichkeit, die Bezeichnung Schwadron und die Nummern bei-

zubehalten, wie das beispielsweise in England seit jeher der Fall war, wo ehemalige Kavallerieeinheiten heute ihre Tradition als Panzerverbände mit gleicher Benennung und der Beibehaltung der alten Nummern fortführen. Warum soll das bei uns nicht möglich sein, um den Korpsgeist in den Schwadronen aufrechtzuerhalten? Vielleicht würde es dann den Kavalleristen etwas leichter fallen, wenn sie nur den Pferderücken mit dem Panzerfahrzeug vertauschen müssten.

So appellieren wir heute an die stolzen Kavalleristen, es der Armeeführung und dem Departementschef wie auch dem Parlament nicht so schwer zu machen. Erkennt mit der Euch eigenen Ritterlichkeit, dass das Zeitalter des Kavalleriepferdes vorbei ist und helfe andererseits mit, dass die am Pferd interessierten Kreise gebirgstaugliche Saum- und Trainpferde in genügender Zahl und gut trainiert zur Verfügung halten! Dann bleiben die für das Pferd begeisterten Kreise diesem verbunden und leisten der Armee und dem Land einen doppelten Dienst. In motorisierten Schwadronen können die Kavallerietradition und der Korpsgeist hochgehalten werden, wie sie heute noch den stolzen Dragonern eigen sind. Die nüchterne Beurteilung der Lage verlangt gebieterisch, dass auch die Kavallerie sich den Gesetzen des Krieges unterzieht, so dass mit den bisher für sie eingesetzten Mitteln motorisierte Formationen mit grösserer Schlagkraft aufgestellt werden können. Das Zeitalter des Kavalleriepferdes ist vorbei. Die Tradition der Schwadronen soll in den motorisierten Verbänden weiterleben!

Was darf die Armee kosten?

Der sozialdemokratische Angriff auf die Militärausgaben

Das Weissbuch 1970 «Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr», das vom deutschen Bundesverteidigungsministerium jüngst publiziert wurde, enthält folgende Sätze zur Bedrohung: «Dennoch ist nicht zu leugnen: In Mitteleuropa unterhält der Warschauer Pakt wesentlich stärkere konventionelle Streitkräfte als die Nato. Sie sind weit stärker, als dies für die Abwehr eines Angriffs aus dem Westen nötig oder für die Aufrechterhaltung der sowjetischen Vorherrschaft erforderlich wäre. Die Existenz solch riesiger Streitkräfte darf nicht als Bluff betrachtet oder behandelt werden. Zudem erhöhen die Sowjetunion und ihre Verbündeten — anders als der Westen — ihre Verteidigungsanstrengungen von Jahr zu Jahr weiter. Es gibt kein konventionelles Gleichgewicht in Zentraleuropa.» Diese nüchterne Beurteilung macht sich eine sozialdemokratische Regierung zu eigen; sie bildet das Ergebnis einer eingehenden, von einem sozialdemokratisch geführten Ministerium unseres nördlichen Nachbarn vorgenommenen Lageanalyse. Sie steht in denkbar schärfstem Gegensatz zur Forderung des Parteitages der schweizerischen Sozialdemokraten von Ende Juni, die Militärausgaben seien um 20 Prozent zu kürzen.

Unkenntnis der Vater des Gedankens?

Billigt man auch den Kräften in der vorgenannten Partei, die diesen sachlich unhaltbaren Beschluss durchgedrückt haben, den guten Glauben zu, so lässt sich dieser Vorstoss nur durch grobe Unkenntnis der bestimmenden sicherheitspolitischen Faktoren erklären.

Die Entfernung von der Grenze der Tschechoslowakei, die seit dem russischen Ueberfall vom August 1968 wieder mit sowjetischen Grossverbänden belegt ist, zu unserem Land beträgt minimal 350 km. Manöver der letzten Jahre haben bewiesen, dass sowjetische Panzerverbände in der Lage sind, in einem Zug Stösse über eine Distanz von nahezu 200 km zu führen. In dem für uns relevanten Abschnitt Europa Nord/Mitte hat der Warschauer Pakt dreissig Panzerdivisionen und fünfunddreissig mechanisierte Divisionen stehen, davon neununddreissig russische Grossverbände (gemäss «The Military Balance 1969/70» des Londoner Institute for Strategic Studies). Eine russische Panzerdivision umfasst mehr als dreihundert Kampfpanzer, eine mechanisierte Division mehr als zweihundert Panzer. Dieser gewaltigen Landarmee, die von den Sowjets rasch durch weitere Divisionen verstärkt werden kann — insgesamt haben die Sowjets rund hundertvierzig Divisionen — stehen im gleichen

Raum, mit den französischen Truppen, sechsundzwanzig Nato-Divisionen gegenüber. Der obgenannten Quelle zufolge verfügt der Warschauer Pakt hier über 12 500, nach dem Weissbuch der Bundesregierung gar über 13 650 Kampfpanzer, denen auf westlicher Seite 5250 Kampfwagen gegenüberstehen.

Wenn die Lage in Europa heute dennoch als stabil beurteilt wird, so wegen der Präsenz der Vereinigten Staaten, ihres gewaltigen Atompotentials und, nicht zuletzt, wegen des Vorhandenseins sehr beträchtlicher taktisch-operativer nuklearer Mittel. Im europäischen Nato-Gebiet stehen insgesamt 7000 Atomladungen bereit, die von über 2000 Raketen oder Flugzeugen eingesetzt werden könnten. Diese Mittel schrecken ab, denn ihr Einsatz beschwört die Gefahr einer atomaren Eskalation herauf. Immerhin ist nicht sicher, ob der US-Präsident, der sie freigeben müsste, im Ernstfall die Risiken auf sich nehmen würde, die mit dem Einsatz von Atomwaffen zugunsten Europas für das amerikanische Heimatgebiet verbunden wären. Ueberdies droht die amerikanische Garantie mit dem sich abzeichnenden Abbau der US-Truppenpräsenz in Europa durchlöchert zu werden. Die USA aus Europa zu verdrängen und damit den eigenen Handlungsspielraum zu vergrössern, ist, nebenbei gesagt, eines der Hauptziele der famosen «Sicherheitskonferenz», die Moskau einberufen möchte. Und an deren Zustandekommen sollten wir nach Auffassung gewisser sozialdemokratischer Politiker mitwirken! Wir wollen diesen Wunsch wohlwollend ebenfalls mangelnder Sachkenntnis zuschreiben.

Kostet die Armee zuviel?

Die Forderung der Mehrheit des sozialdemokratischen Parteitages nach einer Herabsetzung der Militärausgaben zeugt nicht allein von einem leichtfertigen Verkennen der potentiellen Bedrohung; sie lässt sich auch angesichts des tatsächlichen Umfangs unserer Wehraufwendungen in keiner Weise rechtfertigen.

Der Anteil der Ausgaben des EMD am Bruttosozialprodukt ist in den letzten Jahren ständig zurückgegangen. Auch deren Anteil an den Bundesausgaben oder an den gesamten schweizerischen Staatsausgaben schrumpft. 1969 machten sie bei einem Bruttosozialprodukt von 80 Milliarden Franken mit 1,761 Milliarden nur 2,2 Prozent des Bruttosozialproduktes aus. Auch wenn man die Aufwendungen der Wirtschaft in Form von Lohnzahlungen (rund 500 Millionen), die Ausgaben des Bundesamtes für Zivilschutz (135 Millionen) sowie die der Kantone (etwa 40 Millionen) berücksichtigt, kommt man für das letzte Jahr nur auf 3,045 Prozent des Bruttosozialproduktes. Staaten, die erheblich weniger reich sind als wir und die auch demokratisch regiert werden, geben mehr aus für ihre Verteidigung.

Wer unter solchen Umständen die Militärausgaben einfach so um 20 Prozent reduzieren will, kennt entweder die Realitäten der Welt, in der wir leben — trotz Nah-Ost-Konflikt, Vietnam-Krieg und Vergewaltigung der CSSR nicht — oder er will sein Land kampfflos einem allfälligen Aggressor preisgeben.

Dominique Brunner

Zivilschutz-Propaganda und Schutzräume in China

In China wurde im November 1960 an die Bevölkerung ein Zivilverteidigungsbuch für den Fall eines Krieges mit Einsatz von Atomwaffen verteilt. Es enthält Weisungen über richtiges Verhalten und über zweckmässige Hilfeleistung. Die Schrift ist unter dem Titel «Hilfeleistung an Verwundeten» mit einer Auflage von mehreren hunderttausend Exemplaren erschienen. Sie ist von den Leitern eines Armeespitals redigiert. Die Verfasser bezweckten mit ihrer Schrift, die Zivilbevölkerung auf einen Krieg vorzubereiten, in dem der Gegner mit dem Einsatz von Atomwaffen drohe. Zur weiteren Vorbereitung für die Landesverteidigung werden Filme eingesetzt. Ein offizieller chinesischer Film, der gegenwärtig in Hongkong im Fernsehen und in der Wochenschau zu sehen ist, steht unter dem Leitmotiv der Erklärung Mao Tse-tungs, dass sich die Volksrepublik auf einen Atomkrieg vorbereiten müsse. Der Zuschauer sieht, wie die Bevölkerung in der Grenzprovinz Heilungkiang — unweit des Flusses Ussuri, Zivilschutzbauten und andere Verteidigungsanlagen baut. Der chinesische Kommentator weist darauf hin, dass einzelne Provinzen wirtschaftlich und ernährungsmässig voneinander unabhängig werden müssten, um auf den Ernstfall vorbereitet zu sein. Der Film ist ausserdem Bestandteil der gegenwärtigen Kampagne Pekings, um die Bevölkerung auf einen «Verteidigungskrieg» vorzubereiten. Es ist be-

kannt, dass zurzeit überall in der Volksrepublik ein «ziviler Bevölkerungsschutz» praktiziert wird. Diese Zivilschutzaktivitäten sind folgende:

Schutzraumbauten

Tunnelkomplexe werden in Städten und auf dem Lande im Schnellverfahren gebaut. Einer dieser Komplexe ist ein ausgedehntes Netz unter der Stadt Kanton. Andere Arten öffentlicher Schutzräume werden ebenfalls stark vorangetrieben. Auf improvisierte Schutzräume wird besonders Wert gelegt.

Angriffsübungen

Simulierte Angriffe von chinesischen Flugzeugen lösen Massenschutzübungen und Koordinierung von anderen Schutzmassnahmen der chinesischen Bevölkerung aus. Angriffswarnungen sind verbessert und standardisiert worden.

Waffenausbildung der Zivilbevölkerung

Männer, Frauen und Kinder werden in der Handhabung mit Feuerwaffen und in Schutzmanövern ausgebildet. Scheinwaffen werden weitgehend benutzt. Wenn es möglich ist, führt man die Verlegung der Bevölkerung, um der Teilnahme der Zivilpersonen an den Verteidigungsmassnahmen einen reellen Charakter zu geben, durch.